Schulgesetz

Änderung vom xxx.

Der Kantonsrat des Kantons Schaffhausen

beschliesst:

I.

Das Schulgesetz vom 27. April 1981 wird wie folgt geändert:

Art. 1

Das Schulgesetz regelt das Bildungswesen in den öffentlichen Schulen sowie die Voraussetzungen, das Verfahren und die Aufsicht über private Schulen und privaten Unterricht.

Art. 14a

Private Schulen

¹ Die Führung einer privaten Schule bedarf der vorgängigen Bewilligung durch den Erziehungsrat und steht unter staatlicher Aufsicht.

² Die Bewilligung wird unter den folgenden Voraussetzungen erteilt:

- a) Die Erreichung der Bildungsziele der öffentlichen Schule ist gewährleistet;
- b) Der Anschluss an das nächste Bildungsangebot ist gesichert. Der für die öffentliche Schule vorgeschriebene Lehrplan ist wegleitend;
- c) Private Schulen verfügen über eine transparente Organisationsstruktur mit einer strategischen und operativen Führung und einem eigenen Qualitätsmanagement;
- d) Unterrichtende Personen müssen in der Regel über ein von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) anerkanntes Lehrdiplom verfügen. Über Ausnahmen entscheidet das kantonale Schulinspektorat;
- e) Die wirtschaftliche Grundlage der privaten Schule ist gesichert;
- f) Die Vorgaben des Erziehungsrates betreffend Infrastruktur und Räumlichkeiten werden eingehalten;
- g) Der Unterricht ist mit dem Kindeswohl vereinbar;
- h) Es werden mindestens sechs Schüler unterrichtet;

³ Die Kosten für Infrastruktur und Unterricht (inkl. Lehrmittel) trägt die private Schule.

⁴ Die Kinder in privaten Schulen haben zu folgenden Angeboten und Dienstleistungen des Kantons unentgeltlich Zugang:

- a) Abklärungen durch den pädagogisch-therapeutischen Dienst;
- b) Abklärungen und Beratungen durch die Schulische Abklärung und Beratung;
- c) Kantonaler schulischer Sozialdienst;
- d) Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung;
- e) Angebote im Bereich der Zahnprävention (inkl. Kontrolluntersuchungen in der Schulzahnklinik);
- f) Verkehrskunde- und Präventionsunterricht durch die Polizei.

⁵ Für die Durchführung von pädagogisch-therapeutischen sowie niederschweligen sonderpädagogischen Massnahmen sind die privaten Schulen und die Erziehungsberechtigten verantwortlich und tragen die Kosten.

⁶ Für die Aufsicht ist das kantonale Schulinspektorat zuständig. Werden Mängel oder Missstände festgestellt, kann das kantonale Schulinspektorat die Bewilligung mit Auflagen verbinden oder Massnahmen anordnen. Werden Auflagen nicht eingehalten oder Massnahmen nicht umgesetzt oder werden schwerwiegende Mängel oder Missstände festgestellt, entzieht der Erziehungsrat die Bewilligung auf Antrag des kantonalen Schulinspektorats.

⁷ Der Erziehungsrat regelt die Einzelheiten zu den Bewilligungsvoraussetzungen, zum Verfahren und zur Aufsicht in einer Verordnung.

Art. 14b

Privater Unterricht

¹ Als privater Unterricht gilt die Unterrichtung während mehr als sechs Monaten der im eigenen Haushalt lebenden Kinder zur Erfüllung der Schulpflicht. Es dürfen nicht mehr als fünf Kinder gleichzeitig unterrichtet werden, ausser sie stammen aus derselben Familie.

² Privater Unterricht bedarf der vorgängigen Bewilligung durch das Erziehungsdepartement und steht unter staatlicher Aufsicht. Er wird unter den folgenden Voraussetzungen erteilt:

- a) Die Erreichung der Bildungsziele der öffentlichen Schule ist gewährleistet. Eine entsprechende Planung ist vorzulegen;
- b) Der Anschluss an das nächste Bildungsangebot ist gesichert. Der für die öffentliche Schule vorgeschriebene Lehrplan ist massgebend;
- c) Der private Unterricht ist mit dem Kindeswohl vereinbar;
- d) Die unterrichtende Person muss über ein von der EDK anerkanntes Lehrdiplom verfügen;
- e) Organisation, Räumlichkeiten und Rahmenbedingungen gewährleisten einen auf Dauer angelegten Unterricht.

³ Die Kosten für den privaten Unterricht, einschliesslich Lehr- und Unterrichtsmittel sowie Schulmaterialien, tragen die Erziehungsberechtigten.

⁴ Die Kinder, welche privat unterrichtet werden, haben zu folgenden Angeboten und Dienstleistungen des Kantons unentgeltlich Zugang:

- a) Abklärungen durch den pädagogisch-therapeutischen Dienst;
- b) Abklärungen und Beratungen durch die Schulische Abklärung und Beratung;
- c) Kantonaler schulischer Sozialdienst;
- d) Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung;
- e) Angebote im Bereich der Zahnprävention (inkl. Kontrolluntersuchungen in der Schulzahnklinik).

⁵ Für die Durchführung von pädagogisch-therapeutischen sowie sonderpädagogischen Massnahmen sind die Erziehungsberechtigten verantwortlich. Sie tragen die Kosten.

⁶ Für die Aufsicht ist das kantonale Schulinspektorat zuständig. Dieses überprüft die Qualität des Unterrichts und erhält Einblick in alle relevanten Unterlagen. Werden Mängel oder Missstände festgestellt, kann das kantonale Schulinspektorat die Bewilligung mit Auflagen verbinden oder Massnahmen anordnen. Werden Auflagen nicht eingehalten oder Massnahmen nicht umgesetzt oder werden schwerwiegende Mängel oder Missstände festgestellt, entzieht das Erziehungsdepartement die Bewilligung auf Antrag des kantonalen Schulinspektorats.

⁷ Der Erziehungsrat regelt die Einzelheiten zu den Bewilligungsvoraussetzungen, zum Verfahren und zur Aufsicht in einer Verordnung.

Art. 14c

Vorübergehender privater Unterricht

¹ Vorübergehender privater Unterricht bedarf der vorgängigen Bewilligung durch das Erziehungsdepartement. Er dauert mindestens drei Unterrichtswochen und maximal sechs Monate (inkl. Schulferien).

² Er muss den Bildungszielen der öffentlichen Schule genügen und steht unter staatlicher Aufsicht.

³ Findet der vorübergehende private Unterricht wiederkehrend statt, so gelten die Bestimmungen betreffend privater Unterricht.

⁴ Der Erziehungsrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung.

Art. 15

aufgehoben

Art. 31

aufgehoben

Art. 85

Die Kosten für den schulärztlichen Dienst, für den sozialen und jugendpsychologischen Dienst und für den pädagogisch-therapeutischen Dienst werden, vorbehältlich Art. 14a Abs. 5 und Art. 14b Abs. 5, vom Kanton getragen.

II.

¹ Dieses Gesetz untersteht dem Referendum.

² Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

³ Das Gesetz ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Schaffhausen, xx.

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:

xxxxxx

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger